

munalpolitisch betätigte. Seine Geschichte der Stadt Halle ist eine gewaltige, quellengegründete Kompilation, die deshalb noch von Wert ist, auch wenn sie schon zur Entstehungszeit nicht auf der Höhe der allgemeinen Stadtgeschichtsforschung stand. Peter Hertner, *Ein Teilfach ringt um Anerkennung: Theodor Sommerlad und die Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Historischen Seminar 1893–1935*, stellt die Leistungen des Lindner-Schülers Sommerlad (1869–1940) dar, der sich als Historiker in einer Zeit der Wirtschaftsgeschichte zugewandt hat, als diese noch eine Domäne der Nationalökonomie war. Entsprechend hemmend hat sich diese fachlich zudem nicht überragende Ausrichtung auf die Karriere Sommerlads ausgewirkt, der nie einen Ruf auf einen Lehrstuhl erhielt und deshalb erst 1923 in Halle verbeamtet worden ist.

Eine Gesamtgeschichte der Geschichtswissenschaft in Halle bietet der Band nicht, doch wäre dies im Rahmen eines zweitägigen Kolloquiums, an dem sich immerhin fast alle Professoren des Instituts für Geschichte beteiligt haben, auch nicht zu leisten gewesen. Auffällig ist auch, dass die meisten Beiträge auf der Auswertung der Literatur beruhen, während Nachlässe, Universitäts- und Ministerialakten nur von wenigen Autoren herangezogen worden sind. Die Schwerpunktsetzung auf die Zeit um 1900 richtete den Blick auf die entscheidende Formierungsphase der Geschichtswissenschaft. Die traumatischen Kapitel NS- und SED-Diktatur bleiben damit ausgeklammert. Nicht nur in Halle bleibt für die Geschichte der Geschichtswissenschaft noch manches zu tun. Dass dieser Band bereits in zweiter Auflage vorliegt, zeigt, dass Interesse vorhanden ist.

Leipzig

Enno Bünz

Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, hrsg. von MIKE SCHMEITZNER/ANDREAS WAGNER, Sax Verlag, Beucha 2006, 408 S. (ISBN-13: 978-3934544758, Preis: 30,00 €).

Die Herausgeber unternehmen es gemeinsam mit drei Kooautoren, Lebensbilder der elf sächsischen Ministerpräsidenten von der Schaffung des Amtes im Jahre 1919 bis zur Auflösung des Landes Sachsen in der DDR im Jahre 1952 zu zeichnen. Die Berechtigung eines solchen Unterfangens ergibt sich bereits daraus, dass Sachsen im Gegensatz zu den meisten heutigen Ländern der Bundesrepublik ein „altes“ Land mit einer bis 1918 zurückreichenden republikanischen Tradition ist. Die Amtszeiten besagter Ministerpräsidenten umspannen drei politische Systeme: Die parlamentarisch-demokratische Verfassungsordnung nach 1918, das nationalsozialistische Regime ab 1933 sowie die sowjetische Besatzungsherrschaft nach 1945, die spätestens 1948 in eine Stellvertreterdiktatur der kommunistischen SED einmündete. Bei aller formalen Kontinuität im Amt des sächsischen Ministerpräsidenten und seiner Schalt- und Machtzentrale, der Sächsischen Staatskanzlei, wird schnell klar, dass der Inhalt des Amtes in dem Zeitraum, den die Herausgeber, möglicherweise etwas überspitzt, in Anlehnung an Eric Hobsbawm „Zeitalter der Extreme“ nennen, starken Veränderungen unterlag. Diesen Veränderungen und der Frage der Bedeutung der einzelnen Ministerpräsidenten für die Entwicklung Sachsens im fraglichen Zeitraum gehen die Verfasser unter methodischem Rekurs auf einen gruppenbiografischen Ansatz nach. Da das Kriterium der Amtsdauer offenbar nicht hinreichend ist, richtet sich der Blick auf den Aspekt der Nachhaltigkeit von Politikgestaltung, und zwar sowohl auf sächsischer als auch auf Reichsebene.

Einleitend wenden sich die Herausgeber jedoch den Institutionen zu, um die es in diesem Band geht: Zunächst dem Amt des Ministerpräsidenten, einerseits als Institu-

tion und deren Anspruch und Wirklichkeit zwischen 1919 und 1952, andererseits dem Ministerpräsidenten als Persönlichkeit. Darüber hinaus wird die Sächsische Staatskanzlei als Machtzentrale des Ministerpräsidenten im Wandel der betrachteten Zeitspanne vorgestellt. Bei den sich anschließenden Lebensbildern der Ministerpräsidenten lösen die Autoren die zunächst angekündigte (S. 47) Zugriffsebene der Generationspezifika leider nur unvollkommen ein. Dies resultiert aus der von Historikern bevorzugten chronologischen Aufeinanderfolge der Biografien nach der Amtszeit der Regierungschefs. Dabei hätte die von Schmeitzner und Wagner postulierte Untergliederung in zwei Generationen manche Zusammenhänge, insbesondere jene der biografischen Prägung, deutlicher hervortreten lassen. Dies betrifft insbesondere Erich Zeigner und Rudolf Friedrichs, die sich aufgrund ihrer jeweiligen Sozialisation und weltanschaulichen Prägung und natürlich ihres Lebensalters näher waren, als ihre Amtszeit (Zeigner 1923 und Friedrichs 1945–1947) und die chronologische Eingruppierung ihrer Lebensbilder vermuten lassen. Darüber hinaus umspannte Zeigners politische Tätigkeit (von 1921 mit großen Unterbrechungen bis 1949), fast den gesamten hier betrachteten Zeitraum, so dass sein Lebensbild mit großer Berechtigung auch bei einem chronologischen Ansatz neben jenem von Friedrichs hätte erscheinen können. Ähnliches träfe auf Alfred Fellisch zu, der, obwohl bereits 1923/24 kurz Ministerpräsident, vom Generationenzusammenhang her eindeutig in einer Reihe mit Zeigner und Friedrichs steht.

Bei den Ministerpräsidenten der ersten Generation, geboren zwischen 1866 und 1874, handelte es sich zunächst um jene „alten“ Sozialdemokraten wie Georg Gradnauer, Wilhelm Buck und Max Heldt, „die allesamt im Kaiserreich sozialisiert worden waren, und die nach 1919 zwar für eine reformorientierte linksdemokratische Politik im Freistaat standen, nicht aber für politische Abenteuer in Richtung einer sozialistischen Planwirtschaft und einer sozialistischen Einheitsfront“ (S. 47). Zu dieser Generationenkohorte gehören auch die rechtsliberalen Ministerpräsidenten Wilhelm Büniger und Walther Schieck. Die drei Sozialdemokraten „waren Exponenten einer Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft und demokratischem Bürgertum“ (ebd.). Mit Einschränkungen lässt sich dies auch von den beiden Liberalen sagen, „die mit einer gemäßigten SPD zu kooperieren vermochten“ (ebd.).

Der Mehrheitssozialdemokrat Georg Gradnauer verdient als „Gründervater“ des Freistaates Sachsen und erster sächsischer Ministerpräsident überhaupt besonderer Erwähnung. Während der Beratungen zur Weimarer Reichsverfassung versuchte der überzeugte Föderalist im Verbund mit süddeutschen Länderchefs, besondere Rechte der Länder gegenüber dem Reich zu erhalten. Diese Versuche scheiterten aber weitgehend. Ebenso scheiterte er mit seiner Absicht, im „Vorläufigen Grundgesetz für den Freistaat Sachsen“ 1919 in Analogie zum Reichspräsidenten die Institution eines starken sächsischen Staatspräsidenten zu schaffen, auch an seiner eigenen Partei. Im April 1920 wurde Gradnauer von ebenjener zum Rücktritt genötigt, weil er der Wiedernäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien im Wege stand und mit seiner Verweigerung einer Demokratisierung des Staatsapparates sowie seiner Haltung gegenüber dem Reichswehreinmarsch in Leipzig und Chemnitz im Februar 1920 den Unwillen der sächsischen MSPD auf sich gezogen hatte. Seine politische Karriere war damit freilich noch nicht beendet. Vielmehr übte er 1921 während einiger Monate das Amt des Innenministers einer Reichsregierung der Weimarer Koalition unter Joseph Wirth aus. Bis 1932 fungierte er dann als sächsischer Gesandter bei der Reichs- und der preußischen Regierung und vertrat in dieser Eigenschaft sächsische Interessen auf zentraler Ebene. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 bereits im Ruhestand, geriet Gradnauer als „Nichtarier“ dennoch in die Mühlen der Judenverfolgung. Zunächst kürzte man ihm nur das Ruhegehalt, 1944 jedoch wurde er in das Ghetto

Theresienstadt deportiert, wo er als einer der wenigen Inhaftierten überlebte. Nach seiner Befreiung 1945 nach Berlin zurückgekehrt, konnte er sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr der aktiven Arbeit in der wieder gegründeten SPD widmen. Er starb im November 1946 kurz nach seinem 80. Geburtstag.

Als Scharnier zwischen den beiden Generationen von Ministerpräsidenten wird der 1879 geborene Nationalsozialist Martin Mutschmann bezeichnet, der von 1933 bis 1945 Hitlers Reichsstatthalter im sächsischen Gau war. Auch wenn Mutschmann aus Gründen der Chronologie in die Reihe der sächsischen Ministerpräsidenten gestellt wird, weil er *auch* Ministerpräsident war, so ist der Unterschied zwischen seiner Stellung und jener der Ministerpräsidenten vor ihm und sogar jener nach 1945 doch größer, als der Band suggeriert. Immerhin war Deutschland spätestens seit dem „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs“ vom 30.01.1934 kein föderal organisierter Staat mehr, sondern ein in Gaue gegliederter Einheitsstaat. Insofern erscheint es verfassungsgeschichtlich mehr als gewagt, noch unter Bezug auf das Jahr 1935 von einem „sächsischen Staat“ (S. 276) zu sprechen. Mutschmann leitete seine Befugnisse trotz seiner 1935 erfolgten Berufung zum Ministerpräsidenten als Reichstatthalter eindeutig aus gesamtstaatlichem und nicht aus Länderrecht ab. Dies unterschied ihn von seinem Vorgänger Manfred v. Killinger (1933–1935), der sich immerhin in seinem innerparteilichen Konkurrenzkampf mit Mutschmann, der im besprochenen Band eindrucksvoll geschildert wird, noch auf seine Richtlinienkompetenz als Ministerpräsident berief, und so, wenn auch taktisch motiviert, als Vertreter der Landesebene gegenüber dem die Reichsebene repräsentierenden Reichsstatthalter gelten kann. V. Killinger geriet als sächsischer SA-Führer nach der so genannten „Röhm-Affäre“ ebenfalls in die Schusslinie der politischen Leitung der NSDAP und der SS und wurde im Sommer 1934 de facto, im Februar 1935 dann auch de jure entmachtet.

Wie Killinger zählen die Autoren neben den bereits erwähnten Zeigner und Fellisch auch die beiden Ministerpräsidenten nach 1945, Rudolf Friedrichs und Max Seydewitz, zur jüngeren Generation der sächsischen Ministerpräsidenten mit einem Geburtsjahr zwischen 1884 und 1892. Dieser attestieren sie, „politisch stärker radikalisiert“ gewesen zu sein als die Vertreter der ersten Generation und den Versuch unternommen zu haben, „die Grundfesten der so genannten ‚bürgerlichen‘ Gesellschaft zu erschüttern: Während die Sozialdemokraten fast durchweg dem ‚historischen Bündnis‘ zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft und demokratischem Bürgertum ablehnend gegenüberstanden und stattdessen einer ‚proletarischen Mehrheit‘ mit der KPD den Vorzug gaben ..., richtete der NSDAP-Vertreter sein Augenmerk auf eine braune ‚Revolutionierung‘ der Gesellschaft“ (S. 48). Jedoch verhielten sich Friedrichs und Seydewitz sehr unterschiedlich: Ersterer, der als Sozialdemokrat zunächst die Einheit der Arbeiterparteien befürwortet hatte, stützte sich unter dem Eindruck der innerparteilichen Entwicklung in der neuen SED bis zu seinem frühen Tod im Juni 1947 in seiner durch die Sowjetische Militäradministration und seinen kommunistischen Innenminister Kurt Fischer stark eingeschränkten Amtsführung letztlich wieder stärker auf ehemalige Sozialdemokraten und arbeitete auch mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien gut zusammen. Im Gegensatz dazu übernahm Seydewitz, der mehrere politische Wendungen hinter sich hatte – so hatte der extrem linke Sozialdemokrat 1931 das Experiment einer eigenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) gewagt, das freilich kurz danach scheiterte, und war während des Exils Kommunist geworden –, 1947 als Exponent der SMAD und der kommunistischen Kräfte in der SED gegen den von ex-sozialdemokratischer Seite favorisierten Erich Zeigner das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten. Parteiintern bekannte er sich klar zur kommunistischen Linie und wirkte willfährig an der zunehmenden Zentralisierung der SBZ und späteren DDR mit, die letztendlich 1952 folgerichtig in der Auflösung des Landes Sachsen gipfelte.

Der Band ist sehr informativ und gut lesbar und schließt mit seinem enzyklopädischen Anspruch deutlich erkennbar eine Lücke in der landeshistorischen Forschung und politischen Bildung, weil biografische Informationen über einzelne sächsische Ministerpräsidenten bisher nur fragmentiert verfügbar waren. Besonders hervorzuheben ist dabei die differenzierte Darstellung des politischen Lebensweges Erich Zeigners, dessen Amtszeiten als Ministerpräsident 1923 und als Leipziger Oberbürgermeister nach 1945 von verschiedener Seite bis in die Gegenwart sehr kontrovers beurteilt werden.

Abgerundet wird das Buch durch eine dankenswerte Statistik sämtlicher sächsischen Landtagswahlergebnisse sowie die Besetzungslisten sämtlicher sächsischer Kabinette im betrachteten Zeitraum.

Altenburg

Johannes Frackowiak

Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. I: Strukturen und Personen, hrsg. von CHRISTOPH JAHR unter Mitarbeit von REBECCA SCHAARSCHMIDT, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005. – 257 S. (ISBN: 3-515-08657-9, Preis: 23,00 €).

Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. II: Fachbereiche und Fakultäten, hrsg. von RÜDIGER VON BRUCH unter Mitarbeit von REBECCA SCHAARSCHMIDT, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005. – 308 S. (ISBN: 3-51508658-7, Preis: 23,00 €).

Die alle zwei Jahre stattfindenden Historikertage beweisen es, das Interesse an der Geschichte der Universitäten und ihren Wissenschaftsdisziplinen in der NS-Zeit ist seit einigen Jahren gewachsen und die Zahl der Publikationen ist immens gestiegen. Darauf verweist Christoph Jahr in der Einleitung zum ersten Band „Die Berliner Universität in der NS-Zeit“. Die systematische Aufarbeitung setzt eine gewisse Vollständigkeit voraus. Dann kann die Leitfrage gestellt werden, „war die Berliner Universität *im Nationalsozialismus* auch eine *nationalsozialistische* Universität?“ Die Lektüre der Beiträge ergibt kein einheitliches Bild, aber dennoch kann man Jahrs vorsichtig formulierter Hypothese zustimmen, dass die Berliner Universität, „ungeachtet ihrer geographischen Nähe zum Machtzentrum des Regimes, nicht an der Spitze ns-spezifischer Forschung stand.“ (S. 16) Andererseits war sie aber auch kein Hort von geistiger Widerstandstätigkeit. Organisierter studentischer Widerstand, wie wir ihn von der „Weißen Rose“ in München oder in Hamburg kennen, ist in Berlin im Rahmen der „Roten Kapelle“ präsent. In zwei Beiträgen von Steffi Rückl, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Noack, „Studentischer Alltag“, und von Matthias Bühnen und Rebecca Schaarschmidt, „Täter und Opfer bei der NS-Machtübernahme“, wird den studentischen Lebensfragen, zuletzt Überlebensfragen und ihren Voraussetzungen nachgegangen. Diese und andere Untersuchungen zur Problematik der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, zur Rüstungsforschung, Rassenhygiene, dem „Osteinsatz“ 1939–1945, zur Frauenfrage, erforscht quer durch einzelne Fakultäten, oder zur Medizinischen Fakultät im Zeichen der „Führeruniversität“, sind keine Einzelbeispiele, sondern stehen für das NS-Machtssystem in all seinen universitären Strukturen. Diese Fallstudien treffen auch auf die anderen deutschen Mittel- und Großuniversitäten zu, wenn auch nicht in dieser Vollständigkeit.

„Gedenken“ und „würdigen“: wie steht es um die Erinnerungskultur nach 1945? Dieser Frage gehen zum Abschluss des ersten Bandes in zwei Beiträgen Rüdiger von Bruch aus eher westdeutscher Sicht und Ingrid Graubner aus ostdeutscher Sicht nach, die einander ergänzen, obgleich die Gedenkkultur in der ehemaligen DDR oft einseitig ausfiel und an Gedenktage gekoppelt war.